

Sächsische Volkszeitung

Bezugspreis: Wochentäglich in der Geschäftsschule oder von der Post abgeholte Ausgabe A mit illust. Beilage 6.90 M.—Ausgabe B 6.45 M. Zu Dresden und ganz Deutschland frei Haus Ausgabe A 7.85 M., Ausgabe B 6.90 M. — Die Schriftliche Vollgeltung erscheint an allen Wochenenden nachm. — Geschäftszimmer der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vorm.

Angaben: Einnahme an Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorw. — Preis für die Petit-Spalte 90,- im Mittelteil 2,50,-. Familien-Anzeigen 80,-. — Für unleserlich geschriebene, sowie durch Rechtschreiber aufgegebene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen.

Zentrumspartei und Zentrumspolitik

Unter dieser Spitzmarke bringt die „Kölner Volkszeitung“ (Nr. 66) folgende sehr beachtenswerte Aussführungen:

In einem rückschauenden Artikel über den Zentrumsparteitag darf auf ein Wort über das Problem Erzberger nicht fehlen. Der Kampf um Erzberger tobt auch in unseren Reihen. Leidenschaftliche Gegnerschaft und begeisterter Anhängerstaat — beides ist in unserer Partei zu finden. Das ist ein Gegensatz, der zum Sprengpulver für die Partei werden kann, wenn er nicht beherrscht wird. Man hat sich in öffentlicher und geschlossener Sitzung mit dem Problem Erzberger beschäftigt. Was dabei herausgekommen ist, ergibt sich aus zwei einstimmig angenommenen Entschlüsse: 1. aus der von der geschlossenen Sitzung am Dienstag einstimmig angenommenen Resolution, die ausschließlich mit Erzberger beschäftigt, und 2. aus dem Parteitagsbeschlus über die Politik der Zentrumsfaktion. Kurz zusammengefaßt ist der Sinn dieser beiden Beschlüsse der, daß die Fraktion sich mit der Person und gewissen Eigenheiten seiner Persönlichkeit und seines politischen Auftretens nicht identifiziert, daß aber das, was man „Erzberger-Politik“ nennt, Zentrumspolitik ist, für die das Zentrum verantwortlich zeichnet, und daß das, was man Erzberger zum Vorwur machen kann, nicht auf dem Gebiet der großen politischen Fragen liegt, sondern daß es Fragen des Geschmackes, der Taktik und der politischen Methoden sind, bei denen mit mehr oder weniger Recht die Kritik einzehen kann. Wie wollen das noch näher umschreiben, indem wir zum Teil Gedanken wiedergeben, die auf dem Parteitag zum Ausdruck gebracht worden sind.

Die Zentrumsfaktion ist keine Hammelherde, die willens- und gebanntenlos nach der Peise eines einzelnen Mannes tanzt. In der Fraktion der Nationalversammlung sitzen in der Politik und im Parlament grau geworbene Politiker, die gewohnt sind, sich ihr eigenes Urteil zu bilden und die viel zu starke Persönlichkeiten sind, als daß sie sich einen fremden Willen aufzwingen und ihr eigenes Urteil ausschalten ließen. Wer also in den Fragen, in denen das Zentrum mit dem Abgeordneten Erzberger einig ist, Erzberger schlägt, der trifft gleichzeitig das Zentrum. Daraüber müssen sich alle unsere Parteifreunde im klaren sein. Zweideutig steht fest: 1. Der Parteiring hat die Politik der Fraktion gebilligt, 2. die Resolution der geschlossenen Sitzung stellt fest, daß die Zentrumsfaktion die Politik der Koalitionsgouvernement und damit die Politik Erzbergers gebilligt hat. Wer diese beiden Dinge ignoriert, der stellt sich damit außerhalb der Zentrumspartei. Im übrigen hat keiner unserer Parteifreunde die Verpflichtung, Herrn Erzberger gefühlsmäßig zu verehren und zu ihm als einem großen Mann aufzuschauen. Wem gewisse Eigenheiten seiner politischen Persönlichkeit nicht gefallen, der mag ruhig bei seiner Meinung bleiben. Es ist darum ein nicht minder guter Zentrumsmann. Vor einem aber möchten wir die Herrn Erzberger kritisch gegenüberstehenden Parteifreunde warnen: daß sie sich nicht durch deutschnational- und nationalistische Phrasen ins Garn löschen lassen. Mit was für Politikern wird es bei den Deutschnationalen zu tun haben, ist auf dem Parteitag deutlich zum Ausdruck gekommen. Jeder, der die Politik und die politischen Kampfmethoden dieser Herren im Parlament aus nächster Nähe beobachten und ihre Presse verfolgen kann, der wird die Schärfe der Erzbergerschen Polemik unbedingt verständlich finden, wenn er auf nicht leben Ausdruck billigt, und wird Bedenken tragen, sich zu einer zu engen Nachbarschaft und Freundschaft mit ihnen verkehren zu lassen.

Wir können in diesem Zusammenhange nicht noch einmal auf die Frage des Waffenstillstandes und des Friedensschlusses eingehen, zu denen Erzberger ja in engster Verbindung steht. Wir können nur immer wieder auf die beiden oben festgestellten Tatsachen verweisen und unseren Parteifreunden allergrößtes Misstrauen zeigen, daß an einem sehr großen Teil parteilicher Agitationsbedürfnis entfesselte Polemik der Deutschnationalen gegen Erzberger unvermeidlich ist. Wenn manche Zentrumshänger bedauern, daß die Kluft zwischen Zentrum und Deutschnationalen so groß geworden ist, so würden sie ungerecht sein, wenn sie die Schuld hieran auf der Seite des Zentrums oder Erzbergers suchen wollten. Solange die Deutschnationalen eine so makelose und persönlich gehässige Oppositionspolitik treiben wie sie es in der Nationalversammlung und in ihrer Presse tun, solange die Parteien selbst nicht die nötigste Neigung erkennen lassen, die Prinzipien der Verständigung zu fördern, solange sie im Bunde mit den Unabhängigen, die Notlage des Vaterlandes praktisch verleugnend dem Vaterlande versagen, was es zum Leben braucht, ist an einem Zusammenschluß mit ihnen kein Gleichstand mehr zu denken.

Noch eine Frage muß hier kurz gestreift werden, über die auf dem Parteitag Klarheit geschaffen worden ist. Es gibt in unseren beiden Republikaner und Monarchisten. Sie mögen es lieben. An dieser Bezeichnung verwiesen wir auf die eindrücklichen Worte des Abg. Dr. Porath. Für beide ist in den Reihen des Zentrums Platz. Das Zentrum hat sich zwar nach der Revolution auf den Boden der Tatsachen gestellt, verlangt aber von seinem seines Anhängers, daß die Monarchie für eine bessere Staatsform hält als die Republik, daß er keine Überzeugung preisgibt. Nur das eine muß verlangt werden, daß jeder Zentraalmann die Verhüllung anerkennt und daß für ihn jede Änderung der Verfassung auf einem anderen als rechtschaffener Weise aufzufallen wolle.

Über den Parteitag der Zentrumspartei wird noch manches geschrieben und gesprochen werden. Es ist auf ihm eine reiche Saat gesät worden, die aber nur dann reiche Früchte bringen kann, wenn in unserer Partei eifrig Arbeit geleistet wird. Hierzu ist die nur endlich begründete Reichsparteiorganisation und die Presse in erster Linie zu berufen. Aber auch die Abgeordneten müssen in den parlamentsfreien Wochen das Ihrige dazu tun, damit die Grundgedanken der Zentrumspolitik, so wie sie auf dem Parteitag zum Ausdruck gekommen sind, in tausendfachen Kanälen dem Verständnis des lebten Wählers nähergebracht werden. Der kommende Wahlkampf meint, wie wir schon in unseren einleitenden Bemerkungen zum Beginn des Parteitages gesagt haben, eine geschlossene Zentrumspartei finden, die mit ganzer, ungeteilter Kraft im deutschen Volke um Anhängerchaft werben kann.

Der Schulkampf im protestantischen Lager

Im "Dresdner Kirchenblatt für die evangelisch-lutherische Gemeinden" (Nr. 31, Januar 1920) finden wir erfreulicherweise einen Artikel "Kampf um die Schule", der sich unserer Auffassung nach vollständig auf den Boden stellt, der die beiden großen Koalitionen in Dresden vor gut einem Jahre in den gemeinsamen großen Kündgebungen im Birtius Sarraffani, in der Dreilönigs- und Frauenkirche vereinigte. Hoch wertet er das Ergebnis, daß in Sachsen fast fünf Viertel Millionen wahlfähiger Männer und Frauen sich mit ihrer Unterschrift für die Kirche und die christliche Schule einzegten, dazu weitere Missionen aus dem übrigen Deutschland, daß sich im Bureau der Nationalversammlung in Weimar die Positionen hoch auf zwei großen Tafeln stürmten, ein Ausblick zum Staunen.

Superintendent Dr. Köhlsch ist der Artikelabschreiber. Das um die Schule der Kampf heißen denn je entbrannt ist, und rückichtslos gefügt wird, leugnet er natürlicherweise nicht. Wohl schreibt er: „Ich befenne, daß ich zu denen gehörte, die Frieden und Verständigung wollten. . . Ich meinte stets es müsse einen Weg geben, auf dem der Schule sowohl wie den Konfessionen das Ihre würde und das ganze Volk seine einheitliche christliche Schule behielte. Dr. Seifert schien auf diesem Wege zu führen. Aber dann heißt es auch weiter: Seine (Seiferts) Ausführungen in der Vollstammer jedoch haben dann enttäuscht. Er behauptete, daß Sachsen bereits eine Simultan Schule hätte. Er behauptete, daß das Übergangsschulgesetz, das zu Ostern 1920 in Kraft treten sollte, bestreite Zustände in Sachsen geschaffen hätte. Er behauptet, daß die Konfessionen nicht das Recht hätten, Konfessionelle Schulen zu fordern. Das alles gegen die Wirklichkeit und gegen die Meliorationsfassung! Ich wollte trotzdem noch nicht die Hoffnung auf eine Einigung aufgeben und erinnerte in der Dresdner Presse Herrn Dr. Seifert an das „Augsbländnis“, daß er in Weimar den Katholiken gemacht hatte, daß ihre Kinder nach dem Bekenntnis vereinigt werden dürften. Ich folgerte daraus, daß Dr. Seifert den Evangelischen das gleiche Recht zugeschrieben würde. Er hat darauf am 8. Januar 1920 in der Vollstammer geantwortet und erklärt, daß dieses sein vor der zweiten Lesung der Verfassung gegebenes Wort nicht mehr gelté. Er bleibt also dabei, den bisherigen Zustand, nach dem die Kinder nach ihrer Konfessionen in den Schulen sitzen, aufzuhoben und die Kinder konfessionell zu mischen. Das würde die unangenehmsten und unlösbarsten Schwierigkeiten für sich bergen. Der Religionsunterricht – doch dem übrigen Unterricht niemals gleichsam nur äußerlich anzuhängen. Er will und kann nicht mit dem Wesen und Geiste der Schule sonst in Widerjorsch stehen. Darum verträgt sich konfessioneller Religionsunterricht und ein im übrigen interkonfessioneller Schulunterricht nicht miteinander. Die Konfessionellen können sich nicht damit zufrieden geben. Und da Dr. Seifert für seine Vorstellungen nicht einmal die Linke der Vollstammer gewonnen und von ihrer Forderung der religiösenlosen Schule überzeugen konnte, so blieben seine Bemühungen sich erledigt haben.“

gen sich erledigt haben.

Und wir wissen nun klar, was wir zu tun haben! Wir haben Raum zu vermeiden gesucht bis zuletzt. Wir müssen ihn jetzt annehmen. Wir müssen unter gutes Recht das die Verfassung uns verhängt, verteidigen. Keine Auskunfts wird es widerstehen können. Da Reich wird und muss auf unserer Seite stehen. Es ist auf, daß durch die Reichsverfassung auch festgesetzt worden ist, daß die Schule nicht bloß eine Veranstaltung des Staates oder der Lehre schaft ist, sondern vor allem eine Sache der Erziehungsberechtigten. Im ganzen Lebenslauf diesen nicht das Recht besitzen werden, eine Erziehung ihrer Kinder nach ihrem Willen zu verlaufen. Wir fordern die evangelischen Eltern und Erziehungsberichtigten (Wahlberechtigten) auf, einzutreten für die Schule, wie sie bis jetzt gehabt haben, für unsere alte gute evangelische Volksschule. Kein wahrschafft evangelische Christ unterlässe es, gemäß Artikel 146, Abs. 2.1) der Reichsverfassung die Erhaltung der evangelisch-lutherischen Volksschule zu beantragen. Der Volkskirchliche Laienbund aber muß jetzt zeigen, was er kann. Seine Helfer und Helferinnen werden die Erfüllungsordnende in die Haushaltungen tragen, dort zur Unterschrift abgeben und sie wiederum abholen zur Einreichung beim Reichsdomänenamt mit Vermittlung des Präsidiums. Die nötigen Vorstände sind Ferdinandstraße 16, 1, erbstlich.

"Mag sein, daß der Kauyi groß und schwer wird. Aber wir haben für ihn ein gutes Gewissen. Gott sei mit uns und gebe das wir am Ende des angefangenen Jahres mit Dank und Frieden auf das verüdfte Lande kommen, was wir erhofft haben!"

auf das zurückzuhauen können, was wir erlanguet haben?" Es kann den Katholiken eine Befriedigung sein, daß Herr Oberbürgermeister Kölpin in dieser an die evangelisch-lutherischen Gemeinden der Hauptstadt verlangten Kundgebung unumwunden die Richtigkeit des Standpunktes meint, den wir, gestützt auf den Willen des katholischen Erziehungsberechtigten und in Einstimmung befindet mit der Befreiungsmachung des katholischen Schulvorstandes für die Neuanfänger der Oberschule schulpflichtig werdennden katholisch zu erziehenden Kindern bereit sind immer gewahrt haben: "Das Reich wird und muss auf unserer Seite stehen." Das meinen wir auch: daran kann die Befreiungsmachung der sächsischen Schulbehörde weder in Dresden noch in Leipzig etwas ändern. Am ganzen Leben kann den Erziehungsberechtigten nicht das Recht bestritten werden, eine Erziehung der Kinder in ihrem Willen zu verlangen." Ganz unsere Meinung! Wir müssen in der Tat, daß die durch ihr Volemnis von den Katholiken geschaffene

Worten ihres Ephorus beklagen möchten, und daß der Volkstümliche Laienbund keinen Fleiß und Eifer mit großen Erfolgen belohnt seien möchte.

Doch der Kampf geht und jähren und noch längst nicht zu Ende, das glauben auch wir. Und wenn in dem Flugblatt, das dem Altenblatt beigefügt war, zu lesen ist: Die Schulnot in Sachsen steht zum Himmel!, wahrlich, das ist auch unsere Meinung. Und wenn es darin heißt: Evangelische, lasst euch von den Katholiken, die für ihre katholische Schule mutig eintreten, nicht beschämen. Der Staat muß sie ihnen schaffen und erhalten", so dürfen wir uns wohl der Anerkennung freuen, die in diesen Worten der kleinen Minderheit der katholischen Elternschaften in Sachsen ausgesprochen ist, wollen aber gewiß nicht meinen, daß wir auf der Höhe der Erfolge unbesorgt und ohne Arbeit weiter wandeln dürften. Nur die Zusammenfassung aller Kräfte, die vollständige Auflösung aller katholischen Kreise kann den Endtag bringen. Viel bleibt noch zu tun übrig. Von niemandem darf sich die katholische Elternschaft irre machen lassen. Das geschriebene und das in Versammlungen gesprochene Wort muß die Auflösung in alle Köpfe tragen. Einheit macht stark. Und Recht muss Recht bleiben, trotz aller Maßnahmen der Freunde der konfessionellen Schule.

Und die katholischen Christen im Sachsenland haben noch mehr zu tun, als die noch bestehenden Schulen unserer Konfession zu erhalten. Wir haben auch die verlorenen wiederzugewinnen. Das dürfen wir nicht aus dem Auge lassen.

Die Katholiken werden es nur begrüßen, dankbar und freudig, wenn es bezüglich des Kampfes um die konfessionelle christliche Schule in Sachsen zur Wahrheit würde. Getrennt wohl sind die Anhänger der Konfession marschiert, aber vereint haben sie den Feind geschlagen und zu Boden gerungen.

Aus dem Flugblatt haben wir besonders auch den Satz hervorgehoben: Am 30. März 1919 schied der Sächsische Lehrerverein in seiner Vertretung den evangelischen Religionsunterricht für die Volksschulen ab. Nun sollten alle positiven Christen — die Katholiken nicht minder — wie die Protestanten wissen —, wie sie diese Mehrheit des Sächsischen Lehrervereins zu werten haben.

Eisenbahnpolitik und Friedensvertrag

Gott auch die Tarifpolitik der Eisenbahnen zu einem brauchbaren und wirkungsvollen Mittel der Industrieförderung werden, so darf sie nicht lediglich nach rein statistischen Gesichtspunkten vor sich gehen sondern muss sich im Rahmen und in Abgrenzung mit unserer Zoll- und Handelspolitik vollziehen. So war sie auch vom Füchten Präsident gedacht, als dieser mit dem Nebergang zum Schutzzoll im Jahre 1875 in fast gleicher Zeit auch die Eisenbahnen in staatlichen Besitz übernahm und damit zu einer einheitlichen industriellen Tarifpolitik befähigt wurde. Mit Hilfe einer zusammenhängenden Tarifpolitik ließen sich bisher Räumen der Zoll- und Handelspolitik ergänzen, schädliche Folgen derselben zugunsten des gewerblichen Industrieveit oder Wirtschaftsgebiete abmildern, ließ sich der Verlust von Job- und Hilfsstellen erleichtern und umgekehrt dem Abhak eine erweiterte Möglichkeit verschaffen. So war die Tarifpolitik der Eisenbahnen in der Tat durch einen der festgestellten und am besten konstatierten Fleiler unserer Politik auszuüben.

Wirtschaftspolitik geworden.
Durch den Friedensvertrag von Versailles ist deutlich wie das System unserer Handelspolitik auch der Bau der Exportantarktispolitik in Trümmer gekommen. In dem Heft 8 der Veröffentlichungen des Kreisverbandes der deutschen Industrie 1919 wird das des Märkten auszinaudiergetestet. — Nach § 265 des Vertrages zwischen, die aus den Gebieten der alliierten oder assoziierten Mächte kommenden und für Deutschland bestimmten Güter sowie die durch Deutschland aus oder nach den Gebieten der alliierten oder assoziierten Mächte durchgeführten Güter von Rechts wegen auf den besagten Eisenbahnen bezüglich der Gebühren (nur Verladefolgezoll aller Bergungen und Rückvergütungen) bezüglich der Verkehrsleidigungen und in jedem anderen Falle die gleiche Behandlung, die ihr Güter gleicher Art gilt, welche aus innerdeiner deutscher Städte in Frankreich oder zum Zwecke der Rho. Ein- oder Durchfahrt unter ähnlichen Verhältnissen verkehren, insbesondere bezüglich der Länge der Verblaufenden Strecken, befreit werden. Das gleiche gilt auf Freiläufen ihrer über mehrere alliierte oder assoziierte Märkte für alle von ihnen namenslich bezeichneten Güter die aus Deutschland kommen und in ihre Märkte bestimmt sind. Auf ein an Deutschland gerichtetes Güter einer alliierten oder assoziierten Macht müssen internationale und den Zonen des vorigen Abtrags enthaltende Tarife mit Tarifausgleichsziffern geschlossen werden." — Nach fünf Jahren sollen die Wirtschaftsbehörden der deutschen Eisenbahnministerium nur bei Gewährleistung solita sein,

Damit ist, so wird in der Veröffentlichung des Reichsverbandes gefügt, die Realität der Ausnahmearistie, die man als bestehende Eindeutigkeit, z. B. für Roben vom Produktionsort oder nur Tiere der Rindfleisch „nach den Schäfen“ in Kraft setzt, nicht verneint. „Die bestehenden Tiere unserer Schafhaltungsstaaten müssen für die Waren der alliierten und österreichischen Länder eben verboten und allen Deutschen Einsiedeln entzogen werden. Wenn wir unter diesen Umständen unsere Schafe und verwandten Tiere betrachten lassen, dann können wir geradezu in die Gefahr der Erzeugnisse der bisher freigängigen Länder auf den meisten deutschen Eisenbahnen gestellt sein, zu fahren als unsere einzudringenden Waren, für welche ja die Ausnahmestützen unbestimmt Stellen bezeichnet bleiben. Konsequenzen haben sich die deutschen Eisenbahnverwaltungen auf den Standpunkt dieser Kompatibilität gesetzt und die Aufhebung eines großen Teiles unserer Ausnahmearistie ist in vollem Gange. Zu wünschen ist nur, daß mit dieser Aufhebung nicht überhaupt vorgegangen wird. Soviel bekannt sind zahlreiche bestartige Tarifverschwendungen bereits erzielt, ehe der Friedensvertrag irgend konkretisiert ist, eine Eile, die Sicherung nicht geboten war. Genau zu prüfen ist, welche Tarife unbedingt aufzugeben werden müssen. Denn vieles kann hierauf gesehen werden, besonders für die jenigen Berufsbeziehungen, bei denen der Wechselweg der alliierten und österreichischen Händler auf dem Kontinent zu uns kommt und das Land

und ansonsten Vorder auf dem Seeweg zu uns kommt und nur das für die Einführung nach dem Binnenlande des Kaiserreiches bedient.“

Erzbergers Besinden

Berlin, 28. Januar. Minister Erzberger hat in der vergangenen Nacht bis 4 Uhr mit geringen Unterbrechungen geschlafen. Darauf legten wieder Herzbebenwellen ein. Professor Pisch und Professor Hildebrand haben die Wunde abermals untersucht. Der Puls geht sehr lebhaft. Heute vormittag hat General v. Winterfeldt, der Minister ebenfalls der Kassenhilfskommision angehört, dem Minister einen ganz kurzen Besuch abgestattet.

Berlin, 28. Januar. (Amtlich.) Heute vormittag hat eine neuzeitliche Untersuchung des Ministers Erzberger durch Professor Pisch und den hinzugezogenen Professor Hildebrand stattgefunden. Die Untersuchung erachtet die Schmerzhaftigkeit der Schüttungswunde noch mindestens verändert zu haben. Eine Entzündung der Schüttungswunde ist nicht eingetreten. Die Temperatur ist auch normal, der Puls ist noch doppelt so beträchtlich 120 pro Minute. Die sonstigen Zeichen der Verbesserung des Stoffwechsels bestehen immer noch. Der Patient ist erschöpft, sehr schmerzempfindlich und darf nur die mindestens Staatsanwesenheiten erleiden. Eine unmittelbare Rehabilitation ist nicht möglich.

Verteidigung der preußischen Regierung

Berlin, 28. Januar. Die preußische Staatsregierung hat an den Reichskanzler Erzberger folgendes Telegramm gesandt: Wie der überwältigende Weitblick des preußischen Volkes weiß sich die preußische Staatsregierung eins, in der Empfung über den gegen Sie verübten Angriff und in dem Abstand vor jener Verirrung aller öffentlichen und politischen Beweise, aus der allein solche Verbrechen erwachsen können. Die Staatsregierung hofft unverzüglich daß Ihre Verantwortung ohne ernste Folgen für Ihre Gesundheit bleiben wird.

Eine zweite Note an Holland

Amsterdam, 28. Januar. "Dienst Express" meldet, daß der niederländische Schatz der Alliierten gegenüber den Niederlanden von großer Bedeutung sein werde. Die niederländische Regierung wird nämlich gefragt werden, ob sie im Hinblick auf die abnehmende Notwendigkeit, ist zu gewährleisten, daß sie den vormaligen Kaiser in den Niederlanden festhalte und ihn dauernd internieren wird, um zu verhindern, daß er nach Deutschland kommen kann, wenn die vor dem Tode in Deutschland sitzt, so zu entwischen, daß sie dem Kaiser Ausflussia nicht mehr geben kann zu verbauen.

Amsterdam, 28. Januar. Der "Tempo" meldet: Die Monatsausgabe der Alliierten hat die Autonome Frankreichs und Englands angenommen. Die Einigung der Alliierten in der Auslieferungsfrage ist vollständig. Die Autonomie Hollands in den Völkerbund wird von der Erledigung der Auslieferung abhängen.

Amsterdam, 28. Januar. Der "Tempo" meldet: Der amerikanische Vertreter in Paris hat dem Inhalt der zweiten Note der Alliierten an Holland zustimmen. Die Note wird am Sonnabend im Haag überreicht.

Amsterdam, 28. Januar. "Groninger Standard" behauptet, daß in britischen Auslieferungsstreit nicht die Absicht herrscht, einen wirtschaftlichen Druck auf Holland auszuüben. Der Notenwechsel werde anbieten, bis Holland ein „unannehmbar“ hören lasse. Es sei nicht wahrscheinlich, daß die britische Regierung in den nächsten Tagen schon weiterer Schritte tan würde.

Gegen die Auslieferung

Amsterdam, 28. Januar. "Telegraaf" meldet aus Washington: Vorst die Auslieferung der niederländischen Regierung auf das Gefüge der Alliierten um Auslieferung des Kaisers abhanden werden war, führten bereits alle alliierten Regierungen ihren Inhalt. Auslieferung erklärte in einer Bostoner Erklärung. Amerika werde sich in der Frage der Auslieferung des Kaisers niemals den Alliierten anschließen. Nur mit Gewalt sei eine Auslieferung zu erwarten.

Rom, 28. Januar. Der "Oberatore Romano" vom 25. d. M. meldet, daß die Auslieferung des jüdischen Kaisers und der Propheten ihm, im Lichte elementarer moderner Staatsverständnis gezeigt, eine Unmöglichkeit wäre. Offiziell habe sich die italienische Regierung an der Stellung dieses Kaisers nicht beteiligt. Am besten würde die Auslieferung überhaupt nicht eintreten, da der Prophetaus der Kaiser und andere deutsche Persönlichkeiten nur den internationalen Sozialismus sowie die Gefahr einer militärisch-polizeilichen Revolution in Deutschland verhindern könnten. Der "Secolo" nimmt eine ähnliche Stellung gegen die Auslieferung des Kaisers Württemberg und fordert Revision des Friedensvertrages.

München, 28. Januar. In Würzburg demonstrierten die Studenten gegen die Auslieferungsabsicht und besonders gegen die Auslieferung des Würzburger Experimentalphysikers Schrödinger. Dr. Bärnbacher, Staatssekretär des Professors Dr. von Pilatz, ist auf ihn als Meister gewollt.

Zur Adriafrage

Paris, 28. Januar. Nach dem "Journal des Débats" hat die jugoslawische Friedensdelegation heute mit dem Antwort auf das Ultimatum in der Adriafrage erhalten. Sie wird heute abends am Quai d'Orsay überreicht werden. Das Blatt glaubt, daß die Antwort in wesentlichem Maße gehalten sei. Auch der "Intransigent" erklärt, daß sich der italienisch-jugoslawische Konflikt auf diplomatischem Wege endlich lassen werde.

Venet, 28. Januar. Der "Secolo" meldet, daß in den Österreichischen Süden das Militär noch wie vor in Altvorstellungen eingeschoben ist. Viele Reserveoffiziere und Studenten erhielten Einberufungsbefehle. In Bosnien und in Rom sind zahlreiche Einwohner bestellt worden, die Adriafrage verdeckt hatten. Sie werden vor einem Ausnahmegerichtssatz urtheilt werden. Zwischen Rom, Bosnien und anderen italienischen Provinzen wird die Post durch Flieger befördert.

Die Revolte im Orient

Amsterdam, 28. Januar. Den englischen Bürgern vom 26. d. M. zufolge ist die Lage in Cambrai infolge des Sieges des Kaiser- und Soldatenrates erlaubt. Die Bürgertum und Studenten erhielten Einberufungsbefehle. In Bosnien und in Rom sind zahlreiche Einwohner bestellt worden, die Adriafrage verdeckt hatten. Sie werden vor einem Ausnahmegerichtssatz urtheilt werden. Zwischen Rom, Bosnien und anderen italienischen Provinzen wird die Post durch Flieger befördert.

Amsterdam, 28. Januar. Im Rückspruch zu den offiziellen ständischen Methoden über die künftige Beziehung Syriens und Palästinas unter die Britische Kolonialverwaltung der arabischen Reaktion. Insbesondere der britischen Beliebung Syriens, die sich nicht an die vom Söderström verdeckten Pariser Forderungen, die sie nicht bei El-Suderström gegen die britischen Truppen ausgetragen haben, die Stadt El-Suderström verdeckt hatten. Daran schließen die Briten El-Suderström an und belagern El-Mutallah. Die neuen britischen Truppen wurden ausserst hart, und viele 1000 Briten wurden in die Hände der Araber. Das Konsulat ist die britische Botschaft in Damaskus nicht mehr darunter. Sie ist jetzt unter der Kontrolle der Araber.

Das internationale Arbeitsamt

Paris, 28. Januar. In der sechsten zweiten Sitzung des Internationalen Arbeitsamts wurden zwischen dem 28. d. M. und dem 29. d. M. die Protokolle über die Verhandlungen im 24. und 25. d. M. abgeschlossen. Um dies im Rahmen vor der Ratifizierung des Vertrages des Internationalen Arbeitsamts einzuführen, sollte die Regierung dem Deutschen Reich die Zustimmung dazu geben, welche bestimmt, dem Deutschen Reich die Zustimmung dazu geben, die Zustimmung auf der Konferenz nach dem Friedensvertrag von Versailles zur Annahme bringen zu lassen. Hierauf wurde Albert

und die Frau Rathaus, der die Kosten für die Arbeitnehmer- und Arbeitgebervereinigung, die die Auslieferung der englischen Arbeitnehmer und Arbeitgebervereinigung, die die Auslieferung der englischen Arbeitnehmer und Arbeitgebervereinigung nicht nur ihr eigenes Land, sondern auch

die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer der nicht vertretenen Länder vertreten. Sofern bestätigt sich der Verwaltungsrat auf heute vormittag.

Kredit für Deutschland?

Berlin, 28. Januar. Nach einem Londoner Telegramm der "Neuen Jüdischen Zeitung" erläutert die "Westminster Gazette". Lloyd George sei mit einer neuen Orientierung aus Paris zurückgekommen. Er sei sich darüber im Klaren, daß die Straßensituationen des Friedensvertrages unbeachtet bleiben müssen und sei überzeugt, daß Mittelmaßen dem freien Handel wieder geöffnet werden müsse. Es scheint ein, daß dies nur möglich sei, wenn der Kredit Deutschlands wieder hergestellt wird. Der erste Schritt werde vielleicht eine große Menge an Deutschland sein. Die "Westminster Gazette" meint, daß die Rekonvaleszenz auch Aenderungen in den Bestimmungen über Regelmässigkeitsmachung nach sich ziehen könnte. "Times" und "Morning Post" meinten, daß die englische Räte sich in zwei Sitzungen mit der drohenden Gefährdung der Zahlungsverpflichtungen Deutschlands an die Entente durch die deutschen Streiks und die kommunistischen Experimente befreit hat.

Besitzungsabgabe und Wiedergutmachung

Westerdam, 28. Januar. "Manchester Guardian" erzählt, daß das englische Schatzamt die vorwissenschaftlichen Ergebnisse der großen deutschen Vermögensabgabe präsentiert in den Berichten der Wiedergutmachungszahlungen Deutschlands an England für 1920 und 1921 eingesehen hat.

Das Baltafelend

Hannover, 28. Januar. Nach einer Meldung der "Information" herrschte an den Schweizer und holländischen Börsen Montag und Dienstag eine noch nie beobachtete Ereignung. Riesige Mengen deutscher Mark- und österreichischer Kronennoten wurden angeboten und man war bereit, sie um jeden Preis gegen Franken, Gulden oder Dollars abzufegen. Die Nachfrage stand in gar keinem Verhältnis zum Angebot,nodurch die Mark- und Kronenwährung weiterhin gestützt wurde. Am freien Handel notierten schließlich in Amsterdam 100 holländische Gulden 4,500 M. und in Bütz 100 Schweizer Franken 1,900 M.

Die positive französische Handelsbilanz

Paris, 28. Januar. Frankreich hat in den ersten elf Monaten des Jahres 1919 eingeschüttet für 25.336.978.000 Franken und ausgeführt in der gleichen Zeit für 6.223.548.000 Franken. Das bedeutet einen Rechtfertig in der Handelsbilanz von etwa 20 Milliarden Franken. Eingeschüttet wurden in dieser Zeit für 7,5 Milliarden Lebensmittel gegen 4,9 Milliarden in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Amerikanisierungsgesetz

Washington, 28. Januar. Der Senat nahm den Entwurf für das Amerikanisierungsgesetz an. Dieses Gesetz verlangt, daß alle Einwohner der Vereinigten Staaten zwischen dem 16. und 21. Lebensjahr, sofern sie beruflich und ärztlich tauglich sind, und alle Ausländer zwischen dem 16. und 45. Lebensjahr, die der englischen Sprache nicht mächtig sind, die Schule besuchen und zwar nicht weniger als 200 Stunden im Jahr nehmen.

Die Wahlen in Ungarn

Budapest, 28. Januar. Der Liberalismus hat eine glänzende Wahlniederlage erlitten. Viele Politiker, die nicht energisch genug den Liberalismus verbreiteten, sind aus der Nationalversammlung ausgeschieden, darunter der Handelsminister Heimrich, der ehemalige Ministerpräsident Weidler, Lovasz-Hagedorn, Baron Sigmund Beccari, Anton Ober. Die Mittelpartei brachte keinen einzigen Kandidaten durch. Die Christlich-konservative-agrare Richtung errang einen überwältigenden Erfolg. Der ungarische Unterstaatsminister Holler holt nach seiner Wahl eine Rede, in der er sagt: "Wir haben bezüglich seines Königs, aber wir werden einen haben. Wir wollen, daß unser König Ungarn sei und daß alle seine Gedanken dahingehend, aus diesem kleinen Lande wieder das große Ungarn zu machen. Auf dem neuen Kronungsplatz erkläre ich: Wir müssen das alte nationale Königreich wiederherstellen." In Budapest wird für den 2. Februar eine große royalistische Kundgebung erwartet. In der Oper soll eine Feierfeier stattfinden, bei welcher die Damen des ungarischen Hochadels den neuen König, welchen eine Krone ausgestopft wird, eine Salutierung darbringen.

Wien, 28. Januar. Die "Reichspost" meldet aus Budapest: Das Parlament wird Miss Achauer mit Friedensmittelrechten die Wiedereinführung der Monarchie in Ungarn beschließen.

Budapest, 28. Januar. Das "Ungar. Tel.corr. Bureau" meldet: Bis gestern abend 8 Uhr waren die Wahlergebnisse aus 105 Bezirken bekannt. Davon entfallen auf die Christlichnationalen 52, auf die Partei der kleinen Landarbeiter 39, auf die Demokraten 4, Partei 2 Sige. Siebzehn werden in elf Bezirken notwendig sein. Ministerpräsident Hujas ist noch in einer Konventionsversammlung und gab der Freude darüber Ausdruck, daß in der Hauptstadt die christlich-nationalen Partei einen alle Hoffnungen überschreitenden Sieg erzielen habe.

Traurige Lage der sibirischen Kriegsgefangenen

Berlin, 28. Januar. Giner Londoner Meldung zufolge besteht in einem Bericht des englischen Außenministers eine zwischen den sibirischen Kriegsgefangenen in Sibirien, daß in den übrigen Gefangenencampagnen noch etwa 400.000 Menschen wohnen, worunter gegen 150.000 Ungarn, 120.000 Deutsche und Österreicher, und der Rest aus Polen, Rumänen und Tschechen besteht. Die ersten und traurigen Zustände der dieser Gefangenen, die hinreichend bekannt sind, werden auch in diesem Bericht bestätigt. In einem Bericht aus Wladivostok von einem englischen Agenten heißt es, daß die Gefangenen nicht befreit werden, wohl aber europäische Staaten und Amerika nicht für Transportsicherheit Sorge tragen, daß sie bald in ihre Heimat zurückgeführt werden könnten. Der Agent berichtete die Räuber der Kriegsgefangenen unter den Gefangenen im weit größeren als die der Russen und lädt diesen Russland auf, die Leben der Gefangenen zurückzufordern.

Haag, 28. Januar. Das englische Kabinett gab am Mittwoch bekannt, daß der Oberste Rat in Paris über die Meinung der Kriegsgefangenen in Sibirien und ihre möglichst baldige Heimkehr einstimmen werde und doch auch der Deutsche Reichstag sich dieser Frage widmet.

London, 27. Januar. (Reuter.) "Sächsische Zeitung" meldet, daß einem Konsulat des Reichen Kreises erlaubt wurde, sich nach Odessa zu setzen, um die Not unter den Kriegsgefangenen in Turkestan zu lindern. 30.000 von diesen Gefangenen sind an Hunger und Krankheit zugrunde gegangen. Der Reicht. 11.000 an der Zahl, steht jedoch

Die Gefangenenehmehr

Berlin, 28. Januar. Kurz nach 12 Uhr traf auf dem Bahnhof Charlottenburg der erste Transport deutscher Kriegsgefangener aus Sibirien ein. Es waren 156 Männer. Die Heimkehrer, größtenteils in Berlin ansässig, traten sofort auf den Weg in ihren Heimatorten an. Heute nachmittag werden zwei weitere Transporte erwartet.

Copenhagen, 28. Januar. Heute nacht ist über Straßburg der zweite Gefangenentransport in Höhe von 1025 Mann hier eingetroffen und nach dem Durchgangslager gestellt worden. Die Gefangenen kamen aus dem zerstörten Kasernen Kondensator.

Die Danziger Wahlen

Danzig, 28. Januar. In der heutigen Stadtratswahl vereinigten sich die beiden Stadtratsvorlagen betreffend den Stadtratsplan vom 1. Januar bis 31. März 1920, sowie den hieraus ableitenden Nachtrag zum Finanzaufschub und über die Besteigung des Neubaujahrzehnts.

Die Deutschen drei, auf das Centrum zwei, auf die Wirtschaftliche Vereinigung zwei (darunter ein auf Vereinigung übernommener Demokrat), auf die Demokraten zwei, auf die Sozialdemokratischen zwei, auf die Unabhängigen zwei und auf die Pöbel einer. Der Einfluss der jetzt wieder gepaltenen Sozialisten im neuen Stadtratsausschuss ist demnach nur gering.

Die Befreiung des holländischen Bündnisses

Troppau, 28. Januar. (Tschechoslowakische Pressebüro.) Nach von maßgebender Stelle eingetroffenen Informationen wird die Befreiung des holländischen Bündnisses durch die tschechoslowakischen Truppen am 4. Februar vorgenommen werden. Gleich nach der Rückmarsch unserer Truppen wird das uns zugesprochene Gebiet von einzelnen Behörden der Gemeinde übertragen, die einzelnen Amtsbezirke der öffentlichen Verwaltung werden die einzelnen Amtsbezirke der öffentlichen Verwaltung ausarbeiten. Sämtliche Dispositionen für die Maßnahmen der holländischen Befreiung sind bereits in Troppau ausgearbeitet.

Der Geburtstag des Kaisers

Basel, 28. Januar. Presse-Information meldet aus Amsterdam: Aus Amerika wird berichtet, daß Kaiser Wilhelm seinen Geburtstag in aller Stille mit der Kaiserin in der Familie des Großen Ventsch beging. Der Kaiser erhielt Tausende von Glückwunschtelegrammen, die meisten aus Deutschland. Er hat dem Oberstvorsitz der Gemeinde St. Gallen eine Goldspende für die Armen und Waisen überreicht.

Die Lage im Ruhrrevier

Berlin, 28. Januar. Der vor einigen Tagen unter dem Schild des Hochvertrages verhängte Befehl der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei in Frankfurt a. M. ist laut "Borussia" aus der Untersuchungshaft entlassen worden.

Die Lage im Ruhrrevier erklärte im Münster der Reichsminister Seizinger dem Vertreter der "Voss. Zeitg." in Münster. Durch die Stellungnahme der vier Bergarbeiterverbände, die einsinnig die Einführung der Schölkundensicht vor ihrer internationalen Regierung ablehnen, sei die Gesetz eines allgemeinen Streiks bestätigt. Angesichts dessen ist jedoch nicht, daß Syndikalisten und Kommunisten trotzdem Versuche an Geweitung der Schölkundensicht unternommen würden. Demgegenüber, erklärte Seizinger, werde jetzt angepaßt werden. Mit Streikenden werde nicht verhandelt. Alle Streikenden gelten als entlassen. Schlag vor Maßregelung werden die Regierung in diesem Falle nicht gewähren. Es sind alle Vorbereitungen getroffen, um durch Vereitelung hinreichender Machtmittel eventuelle Unruhen hier zu verhindern. Angesichts der Ruhe und Besonnenheit des größten Teiles der Bergarbeiter glaubte ich jedoch nicht, daß polizeiliche Organe in Tätigkeit zu treten brauchen.

Die Arbeitsmeldungen in den Eisenbahnen

Berlin, 28. Januar. Bis zum Mittag, dem ersten Tage, an dem sich die Arbeiter der geschlossenen Eisenbahnwerftäten zur Einsicht unter den neuen Arbeitsbedingungen melden durften, hatten sich bei jeder der geschlossenen Berliner und Breslauer Werftäten, sowie in Ried bereits Hunderte von Arbeitern gemeldet. In Seboldsbrück lagen 70 Meldungen vor. Aus einigen Bezirken kamen noch Nachrichten. In Salbke, Magdeburg und Jena hatten die zentralen Elemente besondere Vorkehrungen getroffen, um die auch hier zahlreichen arbeitswilligen Arbeiter an der Meldung zu verhindern. Für ausreichenden Schutz der Arbeitswilligen ist ebenfalls gesorgt.

Berlin, 28. Januar. Nach der Schließung der Eisenbahnwerftäten haben sich dem Eisenbahnministerium von verschiedenen Seiten Arbeitsgemeinschaften nach dem Muster der Hauptmann Schmid gegründet, angeboten, um die Arbeit in geschlossenen Werftäten zu übernehmen. In diesen Arbeitsgemeinschaften liegen in sich verhüllenden Führern und in Angehörigen der führenden technischen und Eisenbahntruppen auch geeignete Arbeitskräfte in ausreichender Zahl zur Verfügung. Das Eisenbahnministerium ist diesen Angeboten einwilligen noch nicht näher getreten.

Die neuen Eisenbahntarife

Berlin, 28. Januar. Die deutschen Regierungen mit Staatsbahnbesitz haben mit Rücksicht auf die fortgesetzten Sanktionen für Ausschaffungen der Belegschaft der Beamten und Arbeiter und der Materialpreise beschlossen, zum 1. März 1920 eine allgemeine Erhöhung des Güter- und Tiertarifs um 100 Prozent einzutragen zu lassen. Die dringende Notwendigkeit, die Erhöhung sofort durchzuführen, haben die Regierungen gegenwärtig die Form der provisorischen Tarifreformen gewählt, auch diesmal wieder die Form der provisorischen Tarifreform an gewählt. Die häufige Tarifrevision und der Ausgleich der Verhältnisse zwischen der Systemkommission und der Ausschaffung der seit Kriegsbeginn eingetreteten Tarifverhöhnungen der Güter- und Tiertarife beschlossen. Nach einer Gehöhung der Personentarife ist grundsätzlich beschlossen worden, über das Maß der Erhöhung und den Zeitpunkt ihrer Durchführung sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen.

Staatsbankrott?

nicht machen und er hoffe, daß der gegenwärtige Zustand der Verbindung des Finanzministers nur von kurzer Dauer sein möge.

Geheimer Finanzrat Ledig gab noch einige Erläuterungen zu den Vorlagen und über das Gesamtbild der finanziellen Lage Sachsen. Bis zum 1. April d. J. werde das Defizit des Staatshaushaltes bis zu 1650 Millionen Mark liegen. Eine Milliarde betrage die Grundschuld und den Rest die sogenannte schwedende Schuld, die sich jetzt bereits auf 580 Millionen Mark beziehe. Weite Kreise des Volkes hätten die ungeheure Größe der Verbindlichkeit noch nicht erkannt. Dies müsse unbedingt Wandel geschaffen werden. Auch der Haushalt von 1920 bringe neue ungeheure Kosten; doch immerfort Schulden auf Schulden gehäuft würden, das gehe nicht an, denn unsere Kinder und Enkel würden hieran noch zu tragen haben. Um aus dieser trostlosen Finanzlage herauszukommen, gebe es wenig Wege. Die extratextlichen Betriebe bedürften jetzt schon der Aufschüsse und kämen für eine Einnahme nicht in Betracht, und die neue Beholdungsreform werde die Arbeitsmärkte für den Staat nicht verbessern. Durch die Übernahme der Eisenbahnen und der Steuern auf das Reich werde allerdings eine nicht unbedeutende Entlastung des Staates eintreten. Der Übergang der Eisenbahnen sollte am 1. April 1921 stattfinden. Es werde jedoch geprüft, ob dieser Übergang nicht schon am 1. April 1920 erfolgen könne, doch seien hier große Schwierigkeiten zu überwinden. Die Entscheidung müsse in den nächsten Wochen fallen. Ein Ziel müsse im Auge behalten werden, daß die Übernahme den Interessen der Bahn bestehen und des Reiches diene. Das Reich müsse natürlich hiermit auch die Schulden übernehmen und die Übernahme dürfe nur dann stattfinden, wenn über den Preis volle Klarheit geschaffen sei. Selbst wenn das Reich die gesamten Staats Schulden mit übernehmen würde, sei wenig Grund vorhanden, rosig in die Zukunft zu blicken, denn mit den Eisenbahnen ginge der Fonds des Staatskredits fort. Ebenso werde den Staaten die Steuerfreiheit genommen. Nicht nur die Eisenbahngesellschaft, sondern auch die Gebäuden für die Amtshandlungen und die Versorgung der staatlichen Einrichtungen müßten erhöht werden. Die Regierung gebe sich der Hoffnung hin, daß die neue Steuervorlage der Kammer in einem erträglicheren Lichte erscheinen möchte, wie sie auf den ersten Blick aussieht. Eine Sanierung der Finanzen werde durch die neuen Steuern nur ganz minimal sein und ob durch die Steuern, die dem Lande verbleiben, eine Verbesserung erzielt werde, sei mehr fraglich. Unsere Wirtschaft dürfe nicht durch Steuern erdrückt werden, sondern sie müsse sich wieder in Gang kommen, ehe man mit einem neuen Entzug rechnen könnte. Hierin liege die wesenlichste Hoffnung für die Zukunft, die allerdings für das nächste Jahr noch nicht gelten werde. Zu der Haushaltsschätzung müßten die Einnahmen gesteigert und die Ausgaben verringert werden. Auch müsse eine Veränderung der Beamtenzahl eintreten. Nur durch die intensive Arbeit könne nach außen und nach innen eine Verbesserung eintreten.

Abs. Dr. Koch (Dentzsch) machte einige Bemerkungen zu den einzelnen Kapiteln des Haushaltsschätzens und tritt ebenfalls für größere Sparpolitik ein.

Abs. Dr. Harzler (Dentzsch) kritisiert die Vorlage unter denselben Gesichtspunkten und bemängelt einige überflüssige erscheinende Ausgaben.

Abs. Dr. Nitschammer (Deutsche B.) schließt sich diesen Ausführungen an.

Die Vorlage wurde schließlich dem Finanzausschuß A überreicht.

Zum Schluß erledigte die Kammer noch den Antrag des Abs. 3 und Glossen auf Abänderung der Verordnung vom 15. August 1914 und die hierzu eingegangenen Beschlüsse. Die hierzu vorliegenden Anträge des Absehungsausschusses wurden angenommen.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr.

Nachrichten aus Sachsen

Auslandshilfe

Der Kath. Caritasverband (Sekretariat Dresden-Neustadt, Frauenstraße 43, 2) und der Kath. Frauenbund sind aufgelöst worden, bei der Verteilung von Liebesgaben vom Ausland (Auslands-Hilfe) mitwirken. Als Centralstellen der katholischen Caritas sind beide Verbände gern bereit, diese Arbeit zu übernehmen und haben schon die erforderlichen Schritte eingeleitet. Um eine möglichst gerechte, allen katholischen Anstalten und Armen zugute kommende Verteilung vornehmen zu können, ist es dringend notwendig, daß die jeweiligen Leiter der Kath. Ausstellungen und Wohlfahrtvereine, sowie die Kath. Prätorianer und Schulschwestern möglichst umgehend an das oben bezeichnete Sekretariat mitschicken:

1. Wie stark zurzeit die Bedeutung der Anstalten ist, bezüglich wie groß die Gesamtzahl und die Zahl der in den letzten Jahren in der Paroie oder Seelsorgestelle unterstützten Armen gewesen ist.

Amtliche Bekanntmachungen

Verteilung von a. Kartoffeln und b. Kartoffelwalzmehl an Stelle von Kartoffeln

Für das Gebiet der Stadt Dresden wird für die Woche vom 1.-7. Februar 1920 folgendes bestimmt:

1.

§ 1. Es werden beliebt:

- die Wochen-Kartoffel-Karten A und B (Nummer 11 der Sammelkarte, 1. bis 7. Februar 1920) mit je 3 Pfund Kartoffeln.

Der Preis für 1 Pfund Kartoffeln beträgt 28 Pf.

§ 2. Vereinsfagott, militärische Genesungshäuser, Massenquartiere, Krankenhäuser und Kliniken erhalten beim Wehlbezirk Bezugsscheine nach dem Satz in § 1.

§ 3. Die Anmeldung der Wochen-Kartoffel-Karten und Kartoffel-Bezugsscheine in einem Kleinhändlersgeschäft ist bis spätestens Freitag, den 30. Januar 1920, mittags 12 Uhr, zu erfolgen.

Die Geschäftsinhaber haben die Wochen-Kartoffel-Karten und Kartoffel-Bezugsscheine bis spätestens Sonnabend, den 31. Januar 1920, vormittags 10 Uhr beim Wehlbezirk einzurichten.

Die Wehlbezirke haben die Bedarfssätze Sonnabend, den 31. Januar 1920, bis nachmittags 1 Uhr aufzustellen.

Die Wehlbezirksinhaber haben die Bedarfssätze Sonnabend den 31. Januar 1920, nachmittags zwischen 1 und 2 Uhr, im Wehlbezirk abholen.

§ 4. Militär-Arbeiter-Lebensmittelkarten sowie Kartoffel-Zug-Karten für Kranke sind mit den durch sie nachgewiesenen Kartoffelmengen, Blauschäffer-Lebensmittelkarten nach dem Satz von 5 Pfund Kartoffeln pro Kopf und Woche zu beliefern.

§ 5. Wirtschaftsgesellschaften, Schön- und Speisewirtschaften, Fleisch- und Saufhäuser erhalten für die Woche vom 1.-7. Februar 1920 Kartoffel-Bezugsscheine über die von den Betriebshabern abzulegenden Abschläge der Landes-Gasthaus-Kartoffelmarke, freimäßig mit Bahnhofswirtschaften überdies über die aus Fremde abgebenden Kartoffelmengen noch dem Satz von 3 Pfund wöchentlich ausgestellt.

II.

§ 6. Au Stelle der auf die Wochen-Kartoffel-Karte B ausfallenden Kartoffeln werden auf Abschnitt I der braunen Kartoffel-Karte B (21. Dezember 1919 bis 21. Februar 1920) 250 g Kartoffelwalzmehl verteilt.

§ 7. Vereinsblätter, militärische Genesungshäuser, Massenquartiere, Krankenhäuser und Kliniken erhalten, soweit sie nicht auf Landes-Kartoffel-Karte mit Kartoffeln eingebettet sind, beim Wehlbezirk für die von ihnen zu versorgenden Personen Bezugsscheine über je 250 g Kartoffelwalzmehl für jede Person.

§ 8. Die Abschläge und Bezugsscheine sind in einem Kleinhändlersgeschäft am 20. oder 21. Januar 1920 anzumelden und vom Geschäftsinhaber in der bisherigen Weise aufgerechnet und vorverkauft der zuständigen Meldestelle am 31. Januar oder 2. Februar 1920 einzugeben. Nachmeldungen sind ausgeschlossen.

2. Welche Gegenstände besonders für die einzelnen Anstalten und Stellen gebraucht werden:

3. Was bereits von der Auslands-Hilfe an die einzelnen Stellen geliefert wurde.

4. Ob die Lieferungen auf besonderes Gepräch erfolgten und ob irgend welche besonderen Gefüße eingereicht wurden, die noch untersucht blieben.

Mittelungen, welche bis zum 10. Februar 1920 eingehen, werden schon bei den ersten Bestellungen voraussichtlich mit beschafft werden. Es sei insbesondere auch schon bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen, daß es dringend erforderlich ist, daß alle Rücksicht auf Schaden gebracht werden, das gehe nicht an, denn unsere Kinder und Enkel würden hieran noch zu tragen haben. Um aus dieser trostlosen Finanzlage herauszukommen, gebe es wenig Wege. Die extratextlichen Betriebe bedürfen jetzt schon der Aufschüsse und kämen für eine Einnahme nicht in Betracht, und die neue Beholdungsreform werde die Arbeitsmärkte für den Staat nicht verbessern. Durch die Übernahme der Eisenbahnen und der Steuern auf das Reich werde allerdings eine nicht unbedeutende Entlastung des Staates eintreten. Der Übergang der Eisenbahnen sollte am 1. April 1921 stattfinden. Es werde jedoch geprüft, ob dieser Übergang nicht schon am 1. April 1920 erfolgen könne, doch seien hier große Schwierigkeiten zu überwinden. Die Entscheidung müsse in den nächsten Wochen fallen. Ein Ziel müsse im Auge behalten werden, daß die Übernahme den Interessen der Bahn bestehen und des Reiches diene. Das Reich müsse natürlich hiermit auch die Schulden übernehmen und die Übernahme dürfe nur dann stattfinden, wenn über den Preis volle Klarheit geschaffen sei. Selbst wenn das Reich die gesamten Staats Schulden mit übernehmen würde, sei wenig Grund vorhanden, rosig in die Zukunft zu blicken, denn mit den Eisenbahnen ginge der Fonds des Staatskredits fort. Ebenso werde den Staaten die Steuerfreiheit genommen. Nicht nur die Eisenbahngesellschaft, sondern auch die Gebäude für die Amtshandlungen und die Versorgung der staatlichen Einrichtungen müßten erhöht werden. Die Regierung gebe sich der Hoffnung hin, daß die neue Steuervorlage der Kammer in einem erträglicheren Lichte erscheinen möchte, wie sie auf den ersten Blick aussieht. Eine Sanierung der Finanzen werde durch die neuen Steuern nur ganz minimal sein und ob durch die Steuern, die dem Lande verbleiben, eine Verbesserung erzielt werde, sei mehr fraglich. Unsere Wirtschaft darf nicht durch Steuern erdrückt werden, sondern sie müsse sich wieder in Gang bringen, ehe man mit einem neuen Entzug rechnen könnte. Hierin liege die wesenlichste Hoffnung für die Zukunft, die allerdings für das nächste Jahr noch nicht gelten werde. Zu der Haushaltsschätzung müßten die Einnahmen gesteigert und die Ausgaben verringert werden. Auch durch die intensive Arbeit könne nach außen und nach innen eine Verbesserung eintreten.

Der Reichspräsident hat den Geheimen Finanzrat und Beratenden Rat Dr. Koch zum Leiter der Abteilung für direkte Steuern und den Vizepräsidenten der Generaldirektion Sachsen-Anhalt Böttner zum Leiter der Abteilung für Böle und Verbrauchsabgaben des Landesfinanzamtes Dresden, sowie den Oberfinanzrat Dr. Koch zum Leiter der Abteilung für Böle und Verbrauchsabgaben des Landesfinanzamtes Leipzig, sämtlich mit der Amtsbezeichnung: Abteilungspräsident ernannt.

Ein beforderter Antrag zur Einvernehmen von 100 Pfund wird bekanntlich zu der wegen der Belebung des Rechnungsjahrs notwendigen Ergebung der Steuern erhoben. Das Finanzministerium wird ermächtigt über den gesetzlich festgelegten Betrag von 600 Millionen Mark hinaus zur verhältnismäßigen Herabsetzung der Betriebsmittel der Finanzämter nach Maßgabe einer unverhältnismäßigen Erhöhung im Höchstbetrag von 20 Millionen Mark anzugeben. Der Zwischenplan schließt bei etwa 15 mit einem Zubringer von rund 22 Millionen Mark ab, wonach die Belebung der erhöhten Trennungszulagen für die Beamten und die Polizeibeamten für die Staatsarbeiter vom 1. Januar bis 31. März 1920 weitere 73 Millionen Mark erfordert. Hierzu kommen noch verschiedene kleinere Beträge, so daß mit einem Zubringer von rund 103 Millionen Mark gerechnet werden kann. Dieser Zubringer soll durch den Antrag auf die Konsolidierung, das heißt auf die Konsolidierung nicht überall gut halten werden.

Die Kartoffelversorgung in manchen Gegenden Deutschlands ist bereits außerordentlich schlecht, so in Hamburg, dort werden auf die laufende Woche zwei Pfund verteilt werden; in der nächsten Woche überhaupt nichts mehr. Über die Kartoffelversorgung in Sachsen erfahren wir von zuständiger Stelle folgendes: Die Winterbedeckung hat wegen der Angabe der Witterung und infolge von Transportschwierigkeiten nicht wie früher durchgeführt werden können, so daß die meisten Kommunalverbände die Kartoffelstation herabsetzen mußten. Wie sich die weitere Versorgung gestalten wird, läßt sich noch nicht sagen. Sie wird abhängen von der Witterung und der Erhaltung der Kartoffelstation in den Mieten. Zu dieser Beziehung bestehen gewisse Befürchtungen, daß sich die Kartoffel nicht überall gut halten werden.

Die Kartoffelversorgung in manchen Gegenden Deutschlands ist bereits außerordentlich schlecht, so in Hamburg, dort werden auf die laufende Woche zwei Pfund verteilt werden; in der nächsten Woche überhaupt nichts mehr. Über die Kartoffelversorgung in Sachsen erfahren wir von zuständiger Stelle folgendes: Die Winterbedeckung hat wegen der Angabe der Witterung und infolge von Transportschwierigkeiten nicht wie früher durchgeführt werden können, so daß die meisten Kommunalverbände die Kartoffelstation herabsetzen mußten. Wie sich die weitere Versorgung gestalten wird, läßt sich noch nicht sagen. Sie wird abhängen von der Witterung und der Erhaltung der Kartoffelstation in den Mieten. Zu dieser Beziehung bestehen gewisse Befürchtungen, daß sich die Kartoffel nicht überall gut halten werden.

Die Kartoffelversorgung in manchen Gegenden Deutschlands ist bereits außerordentlich schlecht, so in Hamburg, dort werden auf die laufende Woche zwei Pfund verteilt werden; in der nächsten Woche überhaupt nichts mehr. Über die Kartoffelversorgung in Sachsen erfahren wir von zuständiger Stelle folgendes: Die Winterbedeckung hat wegen der Angabe der Witterung und infolge von Transportschwierigkeiten nicht wie früher durchgeführt werden können, so daß die meisten Kommunalverbände die Kartoffelstation herabsetzen mußten. Wie sich die weitere Versorgung gestalten wird, läßt sich noch nicht sagen. Sie wird abhängen von der Witterung und der Erhaltung der Kartoffelstation in den Mieten. Zu dieser Beziehung bestehen gewisse Befürchtungen, daß sich die Kartoffel nicht überall gut halten werden.

Die Kartoffelversorgung in manchen Gegenden Deutschlands ist bereits außerordentlich schlecht, so in Hamburg, dort werden auf die laufende Woche zwei Pfund verteilt werden; in der nächsten Woche überhaupt nichts mehr. Über die Kartoffelversorgung in Sachsen erfahren wir von zuständiger Stelle folgendes: Die Winterbedeckung hat wegen der Angabe der Witterung und infolge von Transportschwierigkeiten nicht wie früher durchgeführt werden können, so daß die meisten Kommunalverbände die Kartoffelstation herabsetzen mußten. Wie sich die weitere Versorgung gestalten wird, läßt sich noch nicht sagen. Sie wird abhängen von der Witterung und der Erhaltung der Kartoffelstation in den Mieten. Zu dieser Beziehung bestehen gewisse Befürchtungen, daß sich die Kartoffel nicht überall gut halten werden.

Die Kartoffelversorgung in manchen Gegenden Deutschlands ist bereits außerordentlich schlecht, so in Hamburg, dort werden auf die laufende Woche zwei Pfund verteilt werden; in der nächsten Woche überhaupt nichts mehr. Über die Kartoffelversorgung in Sachsen erfahren wir von zuständiger Stelle folgendes: Die Winterbedeckung hat wegen der Angabe der Witterung und infolge von Transportschwierigkeiten nicht wie früher durchgeführt werden können, so daß die meisten Kommunalverbände die Kartoffelstation herabsetzen mußten. Wie sich die weitere Versorgung gestalten wird, läßt sich noch nicht sagen. Sie wird abhängen von der Witterung und der Erhaltung der Kartoffelstation in den Mieten. Zu dieser Beziehung bestehen gewisse Befürchtungen, daß sich die Kartoffel nicht überall gut halten werden.

Die Kartoffelversorgung in manchen Gegenden Deutschlands ist bereits außerordentlich schlecht, so in Hamburg, dort werden auf die laufende Woche zwei Pfund verteilt werden; in der nächsten Woche überhaupt nichts mehr. Über die Kartoffelversorgung in Sachsen erfahren wir von zuständiger Stelle folgendes: Die Winterbedeckung hat wegen der Angabe der Witterung und infolge von Transportschwierigkeiten nicht wie früher durchgeführt werden können, so daß die meisten Kommunalverbände die Kartoffelstation herabsetzen mußten. Wie sich die weitere Versorgung gestalten wird, läßt sich noch nicht sagen. Sie wird abhängen von der Witterung und der Erhaltung der Kartoffelstation in den Mieten. Zu dieser Beziehung bestehen gewisse Befürchtungen, daß sich die Kartoffel nicht überall gut halten werden.

Die Kartoffelversorgung in manchen Gegenden Deutschlands ist bereits außerordentlich schlecht, so in Hamburg, dort werden auf die laufende Woche zwei Pfund verteilt werden; in der nächsten Woche überhaupt nichts mehr. Über die Kartoffelversorgung in Sachsen erfahren wir von zuständiger Stelle folgendes: Die Winterbedeckung hat wegen der Angabe der Witterung und infolge von Transportschwierigkeiten nicht wie früher durchgeführt werden können, so daß die meisten Kommunalverbände die Kartoffelstation herabsetzen mußten. Wie sich die weitere Versorgung gestalten wird, läßt sich noch nicht sagen. Sie wird abhängen von der Witterung und der Erhaltung der Kartoffelstation in den Mieten. Zu dieser Beziehung bestehen gewisse Befürchtungen, daß sich die Kartoffel nicht überall gut halten werden.

Die Kartoffelversorgung in manchen Gegenden Deutschlands ist bereits außerordentlich schlecht, so in Hamburg, dort werden auf die laufende Woche zwei Pfund verteilt werden; in der nächsten Woche überhaupt nichts mehr. Über die Kartoffelversorgung in Sachsen erfahren wir von zuständiger Stelle folgendes: Die Winterbedeckung hat wegen der Angabe der Witterung und infolge von Transportschwierigkeiten nicht wie früher durchgeführt werden können, so daß die meisten Kommunalverbände die Kartoffelstation herabsetzen mußten. Wie sich die weitere Versorgung gestalten wird, läßt sich noch nicht sagen. Sie wird abhängen von der Witterung und der Erhaltung der Kartoffelstation in den Mieten. Zu dieser Beziehung bestehen gewisse Befürchtungen, daß sich die Kartoffel nicht überall gut halten werden.

Die Kartoffelversorgung in manchen Gegenden Deutschlands ist bereits außerordentlich schlecht, so in Hamburg, dort werden auf die laufende Woche zwei Pfund verteilt werden; in der nächsten Woche überhaupt nichts mehr. Über die Kartoffelversorgung in Sachsen erfahren wir von zuständiger Stelle folgendes: Die Winterbedeckung hat wegen der Angabe der Witterung und infolge von Transportschwierigkeiten nicht wie früher durchgeführt werden können, so daß die meisten Kommunalverbände die Kartoffelstation herabsetzen mußten. Wie sich die weitere Versorgung gestalten wird, läßt sich noch nicht sagen. Sie wird abhängen von der Witterung und der Erhaltung der Kartoffelstation in den Mieten. Zu dieser Beziehung bestehen gewisse Befürchtungen, daß sich die Kartoffel nicht überall gut halten werden.

Die Kartoffelversorgung in manchen Gegenden Deutschlands ist bereits außerordentlich schlecht, so in Hamburg, dort werden auf die laufende Woche zwei Pfund verteilt werden; in der nächsten Woche überhaupt nichts mehr. Über die Kartoffelversorgung in Sachsen erfahren wir von zuständiger Stelle folgendes: Die Winterbedeckung hat wegen der Angabe der Witterung und infolge von Transportschwierigkeiten nicht wie früher durchgeführt werden können, so daß die meisten Kommunalverbände die Kartoffelstation herabsetzen mußten. Wie sich die weitere Versorgung gestalten wird, läßt sich noch nicht sagen. Sie wird abhängen von der Witterung und der Erhaltung der Kartoffelstation in den Mieten. Zu dieser Beziehung bestehen gewisse Befürchtungen, daß sich die Kartoffel nicht überall gut halten werden.

Die Kartoffelversorgung in manchen Gegenden Deutschlands ist bereits außerordentlich schlecht, so in Hamburg, dort werden auf die laufende Woche zwei Pfund verteilt werden; in der nächsten Woche überhaupt nichts mehr. Über die Kartoffelversorgung in Sachsen erfahren wir von zuständiger Stelle folgendes: Die Winterbedeckung hat wegen der Angabe der Witterung und infolge von Transportschwierigkeiten nicht wie früher durchgeführt werden können, so daß die meisten Kommunalverbände die Kartoffelstation herabsetzen mußten. Wie sich die weitere Versorgung gestalten wird, läßt sich noch nicht sagen. Sie wird abhängen von der Witterung und der Erhaltung der Kartoffelstation in den Mieten. Zu dieser Beziehung bestehen gewisse Befürchtungen, daß sich die Kartoffel nicht überall gut halten werden.

Die Kartoffelversorgung in manchen Gegenden Deutschlands ist bereits außerordentlich schlecht, so in Hamburg, dort werden auf die laufende Woche zwei Pfund verteilt werden; in der nächsten Woche überhaupt nichts mehr. Über die Kartoffelversorgung in Sachsen erfahren wir von zuständiger Stelle folgendes: Die Winterbedeckung hat wegen der Angabe der Witterung und infolge von Transportschwierigkeiten nicht wie früher durchgeführt werden können, so daß die meisten Kommunalverbände die Kartoffelstation herabsetzen mußten. Wie sich die weitere Versorgung gestalten wird, läßt sich noch nicht sagen. Sie wird abhängen von der Witterung und der Erhaltung der Kartoffelstation in den Mieten. Zu dieser Beziehung bestehen gewisse Befürchtungen, daß sich die Kartoffel nicht überall gut halten werden.

Die Kartoffelversorgung in manchen Gegenden Deutschlands ist bereits außerordentlich schlecht, so in Hamburg, dort werden auf die laufende Woche zwei Pfund verteilt werden; in der nächsten Woche überhaupt nichts mehr. Über die Kartoffelversorgung in Sachsen erfahren wir von zuständiger Stelle folgendes: Die Winterbedeckung hat wegen der Angabe der Witterung und infolge von Transportschwierigkeiten nicht wie früher durchgeführt werden können, so daß die meisten Kommunalverbände die Kartoffelstation herabsetzen mußten. Wie sich die weitere Versorgung gestalten wird, läßt sich noch nicht sagen. Sie wird abhängen von der Witterung und der Erhaltung der Kartoffelstation in den Mieten. Zu dieser Beziehung bestehen gewisse Befürchtungen, daß sich die Kartoffel nicht überall gut halten werden.

Die Kartoffelversorgung in manchen Gegenden Deutschlands ist bereits außerordentlich schlecht, so in Hamburg, dort werden auf die laufende Woche zwei Pfund verteilt werden; in der nächsten Woche überhaupt nichts mehr. Über die Kartoffelversorgung in Sachsen erfahren wir von zuständiger Stelle folgendes: Die Winterbedeckung hat wegen der Angabe der Witterung und infolge von Transportschwier

Mitbürger!

Der Antisemitismus hat in der letzten Zeit Formen angenommen, die weite Kreise rechtlich denkender Mitbürger mit aufrichtiger Sorge erfüllen. Dabei wird mit den verwerflichsten Mitteln gearbeitet. Verfehlungen Einzelner werden verallgemeinert, die Wahrheit wird entstellt und die Jugend vergiftet.

Wir müssen es bedauern, wenn gerade in einer Zeit, die die Mitarbeit jedes einzelnen deutschen Bürgers und die Verbündung aller Klassen dringend erheischt, Verhezungen getrieben werden, die zu den schlimmsten Folgen führen können. Diese Sorge haben wir nicht nur unserer jüdischen Mitbürger wegen, die dem Hass und unverdienter Verachtung preisgegeben werden, sondern auch um der Moral und des Ansehens des deutschen Volkes willen.

Die antisemitische Agitation wendet sich insbesondere an die Jugend. Lasset uns die Seelen unserer Kinder nicht mit Vorurteil und Hass, sondern mit dem Streben nach Wahrheit und Gerechtigkeit erfüllen!

Alle, die hierbei mithelfen wollen, laden wir zu einer zum Zwecke der

Aufklärung über den Antisemitismus

einberufenen öffentlichen Versammlung ein, die am

Dienstag den 3. Februar 1920, abends 7 Uhr

im großen Saale des Vereinshauses, Zinzendorfstraße, stattfinden wird.

Es werden u. a. sprechen: Redakteur Größsch — Rabbiner Dr. Lange — Pastor Mensing — Dresden.

Rechnungsgericht Anders, M. d. V. Theo Bauer. Stadtrat Beck. Arbeitsschreiber Berndt, M. d. V. Gustel von Blücher. Professor Dr. Brandes. Lehrer Clajus, Stadtverordneter. Ministerialdirektor Geheimer Rat Dr. Dehne. Justizrat Dr. Eibes. Rechtsanwalt Dr. Fleischhauer. Freidorf Präsident der Volksschule. Diplom-Ingenieur von Frenkell. Justizrat Dr. Frenzel. Geh. Medizinalrat Dr. Ganter. Stadtrat a. D. Gregor. Professor Gussmann. Konf. Harlan. Justizminister Dr. Harnisch. Geschäftsführer Haunzschl. Studentenrat Professor Dr. Hentschel. Hofrat Holst, Stadtverordnetenvorsteher. Rechtsanwalt Dr. Fritz Kaiser, M. d. V. Rechtsanwalt Dr. Georg Kaiser. Professor Koch, M. d. V. Sanitätsrat Dr. Kraps. Prediger Kreitmeyer. Stadtrat Dr. Krüger. Pastor Kruspe, M. d. V. Landgerichtsrat und Konsistorialrat Dr. de Lassalle. Ella Lau. Fabrikdirektor Lehning. M. d. V. Gehheimer Hofrat Professor Dr. Lehrs. Syndikus Dr. März, Stadtverordneter. Archivaris Dr. Müller. Stadtrat W. Müller. Nitsche, Stadtverordnetenvorsteher. Stadtkonservator Professor Poelzig. Architekt Hofrat Reuter. Dr. med. Riebold. Professor Dr. med. Rostoski. Rath Scheven, Stadtverordnete. Dr. Paul Scheven. Kaufm. Angestellter Schmidt, Stadtverordneter. Buchdruckereibesitzer R. E. Schmidt. Obermeister Schneeweiss. Lehrer Schrapel. Oberlandesgerichtsrat Schreiber. Städt. Tierarzt Dr. Seber. Wirk. Geh. Rat Graf von Seebach. Stadtbauinspektor Sierks. Dr. med. Marg. Stegmann, Stadtrat. Kaufm. Geschäftsführer Steuer. Stadtverordneter. Stadtrat Marie Stritt. Rechtsanwalt Dr. Suppes. Straßenbahnhofswasserleiter Ulbig, Stadtverordneter. Gehimer Hofrat Professor Weba. Professor Dr. Zeissche.

Nach den Vorträgen: Freie Aussprache! — Eintritt frei!

Karten für reservierte Plätze unentgeltlich bis 2. Februar 1920 bei:

Dresden-A.: Fleisden-Staushaus, Brüderstraße; Buchhandlung Bender, Wallstraße 26; Buchdruckerei H. G. Schmidt, Bettinerstraße 24. **Dresden-N.:** Moritzsche Buchhandlung (Oskar Schumann Nachfl.), Hauptstraße 34; Fr. Wollmann Nachfl., Drogerie, Hauptstraße 22; W. Helbig, Haus- und Kindergärte, Hauptstraße 59. **Striesen:** Adolf J. Seydel, Haus- und Kindergärte, Tütmanstraße 19. **Blasewitz:** Buchhandlung Theodor Schubert, Bleßbergstraße 54. **Gruna:** Georg Schün. **Potsdam:** Colonialwaren-Handlung, Bodenbacher Straße 21 B. **Löbtau:** Erbstößer & Gaubert, Haus- und Kindergärte, Schlesdorfer Straße 2. **Plauen:** Curt Vogel, Delikatessen, Rähmther Straße 15.

Gold- und Silber-Münzen,

ab 50 - Pf., 10- und 20-Mark-Stücke,
1-, 2-, 3-, 5-

Zahngebisse (auch zerbrochene und einzelne Zähne). Platin
in jeder Form, ganze Posten Brennstifte, altes Gold und
Silber, alte Gold- und Silber-Münzen, Messing,
Kupfer, Zinn, Zink, Blei und andere Metalle.

Zahle den höchstmöglichen Preis.

Kauf auf Abend statt Freitag den 30. und Sonnabend den 31. Januar Hotel Amalienhof,

Dresden-A., Amalienstraße 24, part.,
von früh 9 bis abends 6 Uhr. — Straßenbahnlinien 1, 5, 10, 21, 22, 23.

Einkauf von Fellen

Ziegenfelle Stück 128 M.
Kaninfelle, tr. v. Kilo 50 Mf., Stück 1a 12 "
Hasenfelle (Winter) per Stück 14 "
Rehfüße, groß per Stück 45 "
Kalbfelle, trocken per Kilo 82 "
Kalbfelle, naß per Kilo 52 "
Schaffelle, trocken per Kilo 32 "
Schaffelle, naß per Kilo 22 "
Fuchs-, Iltis-, Marder- u. Maulwurf-felle
zu höchsten Tagespreisen.

Schafwolle, ungewaschen per Kilo 50 Mf.
Schafwolle, gewaschen per Kilo 60 "
Händler bevorzugt. — Sonnabends geschlossen.

M. Schwarz, Dresden-A.,
Wettinerstraße 39, I.

Für alte Zahngesisse,

ganz oder zerbrochen, zahl pro Zahn Mk. 8.—

Platin pro Gramm Mk. 95.—

Für Brennstifte, Tiegel, Gold- und Silber-Gegenstände, sowie
Gold- und Silbergeld zahle hohe Preise.
Dresden, Gr. Brüdergasse 41, I. nächst dem Postplatz.

Nur eine kurze Zeit

kaufe ich
Gold- und Silber-Münzen.

Zahle höchste Tagespreise, überbiete jedes Angebot!

Für kostliche und zerbrochene Zahngesisse, sowie
einzelne Zähne, Platin und Brennstifte
zahle die allerhöchsten Preise nur Dresden, Pirnaische
Straße 37, part., am Pirnaischen Platz.
Der Kauf findet ununterbrochen von 9 bis 6 Uhr statt.
Von auswärtigen Kommanden vergütet Fahrgeld!!

Achtung! Achtung! Achtung!

Über die Konkurrenz!

Kommt und überzeugt Euch in dem neuen
Uhren- und Juwelengeschäft Dresden, Gruner Straße 29.

Wie tan en

Gold- u. Silbermünzen

sowie altes Gold und Silber.

Wir zahlen über höchste Tagespreise.

Silber, Gold, Münzen, Gebisse,

Zähne und Platin,

alle Arten Schmucksachen
zu höchsten Tagespreisen
kauf

Geyer, Steinstraße 5, II.

Handel ausgeschlossen. Dresden

Die Felle sind teurer.

Fester Preis für Felle
keine Täuschung durch
die Preisbezeichnung
bis.

Ich zahle bis auf weiteres für
alte, große Postelle pro Stück 140 M.
alte, große Ziegenfelle, o. St. naß Kilo 57 M.
alte, große Ziegenfelle, 185 " 28 "
große Rehfelle : : 48 " 36 "
Winter-Hosenfelle : : 17 " 55 "
junge Ziegenfelle pro Stück 90, 100, 120 " gute und schlechte 46 "

Hirschfelle, o. St. naß Kilo 57 M.
Schafelle, o. St. naß 28 "
Schafelle, o. St. trock. 36 "
Rauhfelle, gut geplanzt 55 "
Rauhfelle, gute und schlechte 46 "

Reh-, Wild-, Hirsch-, Wolf-, Fuchsfelle, gute und schlechte 46 "

Reh-, Wild-, Hirsch-, Wolf-, Fuchsfelle, gute und schlechte 46 "

Reh-, Wild-, Hirsch-, Wolf-, Fuchsfelle, gute und schlechte 46 "

Reh-, Wild-, Hirsch-, Wolf-, Fuchsfelle, gute und schlechte 46 "

Reh-, Wild-, Hirsch-, Wolf-, Fuchsfelle, gute und schlechte 46 "

Reh-, Wild-, Hirsch-, Wolf-, Fuchsfelle, gute und schlechte 46 "

Reh-, Wild-, Hirsch-, Wolf-, Fuchsfelle, gute und schlechte 46 "

Reh-, Wild-, Hirsch-, Wolf-, Fuchsfelle, gute und schlechte 46 "

Reh-, Wild-, Hirsch-, Wolf-, Fuchsfelle, gute und schlechte 46 "

Reh-, Wild-, Hirsch-, Wolf-, Fuchsfelle, gute und schlechte 46 "

Reh-, Wild-, Hirsch-, Wolf-, Fuchsfelle, gute und schlechte 46 "

Reh-, Wild-, Hirsch-, Wolf-, Fuchsfelle, gute und schlechte 46 "

Reh-, Wild-, Hirsch-, Wolf-, Fuchsfelle, gute und schlechte 46 "

Reh-, Wild-, Hirsch-, Wolf-, Fuchsfelle, gute und schlechte 46 "

Reh-, Wild-, Hirsch-, Wolf-, Fuchsfelle, gute und schlechte 46 "

Reh-, Wild-, Hirsch-, Wolf-, Fuchsfelle, gute und schlechte 46 "

Reh-, Wild-, Hirsch-, Wolf-, Fuchsfelle, gute und schlechte 46 "

Reh-, Wild-, Hirsch-, Wolf-, Fuchsfelle, gute und schlechte 46 "

Reh-, Wild-, Hirsch-, Wolf-, Fuchsfelle, gute und schlechte 46 "

Reh-, Wild-, Hirsch-, Wolf-, Fuchsfelle, gute und schlechte 46 "

Reh-, Wild-, Hirsch-, Wolf-, Fuchsfelle, gute und schlechte 46 "

Reh-, Wild-, Hirsch-, Wolf-, Fuchsfelle, gute und schlechte 46 "

Reh-, Wild-, Hirsch-, Wolf-, Fuchsfelle, gute und schlechte 46 "

Reh-, Wild-, Hirsch-, Wolf-, Fuchsfelle, gute und schlechte 46 "

Reh-, Wild-, Hirsch-, Wolf-, Fuchsfelle, gute und schlechte 46 "

Reh-, Wild-, Hirsch-, Wolf-, Fuchsfelle, gute und schlechte 46 "

Reh-, Wild-, Hirsch-, Wolf-, Fuchsfelle, gute und schlechte 46 "

Reh-, Wild-, Hirsch-, Wolf-, Fuchsfelle, gute und schlechte 46 "

Reh-, Wild-, Hirsch-, Wolf-, Fuchsfelle, gute und schlechte 46 "

Reh-, Wild-, Hirsch-, Wolf-, Fuchsfelle, gute und schlechte 46 "

Reh-, Wild-, Hirsch-, Wolf-, Fuchsfelle, gute und schlechte 46 "

Reh-, Wild-, Hirsch-, Wolf-, Fuchsfelle, gute und schlechte 46 "

Reh-, Wild-, Hirsch-, Wolf-, Fuchsfelle, gute und schlechte 46 "

Reh-, Wild-, Hirsch-, Wolf-, Fuchsfelle, gute und schlechte 46 "

Reh-, Wild-, Hirsch-, Wolf-, Fuchsfelle, gute und schlechte 46 "

Reh-, Wild-, Hirsch-, Wolf-, Fuchsfelle, gute und schlechte 46 "

Reh-, Wild-, Hirsch-, Wolf-, Fuchsfelle, gute und schlechte 46 "

Reh-, Wild-, Hirsch-, Wolf-, Fuchsfelle, gute und schlechte 46 "

Reh-, Wild-, Hirsch-, Wolf-, Fuchsfelle, gute und schlechte 46 "

Reh-, Wild-, Hirsch-, Wolf-, Fuchsfelle, gute und schlechte 46 "

Reh-, Wild-, Hirsch-, Wolf-, Fuchsfelle, gute und schlechte 46 "

Reh-, Wild-, Hirsch-, Wolf-, Fuchsfelle, gute und schlechte 46 "

Reh-, Wild-, Hirsch-, Wolf-, Fuchsfelle, gute und schlechte 46 "

Reh-, Wild-, Hirsch-, Wolf-, Fuchsfelle, gute und schlechte 46 "

Reh-, Wild-, Hirsch-, Wolf-, Fuchsfelle, gute und schlechte 46 "

Reh-, Wild-, Hirsch-, Wolf-, Fuchsfelle, gute und schlechte 46 "

Reh-, Wild-, Hirsch-, Wolf-, Fuchsfelle, gute und schlechte 46 "

Reh-, Wild-, Hirsch-, Wolf-, Fuchsfelle, gute und schlechte 46 "

Reh-, Wild-, Hirsch-, Wolf-, Fuchsfelle, gute und schlechte 46 "

Reh-, Wild-, Hirsch-, Wolf-, Fuchsfelle, gute und schlechte 46 "

Reh-, Wild-, Hirsch-, Wolf-, Fuchsfelle, gute und schlechte 46 "

Reh-, Wild-, Hirsch-, Wolf-, Fuchsfelle, gute und schlechte 46 "

Reh-, Wild-, Hirsch-, Wolf-, Fuchsfelle, gute und schlechte 46 "

Reh-, Wild-, Hirsch-, Wolf-, Fuchsfelle, gute und schlechte 46 "

Reh-, Wild-, Hirsch-, Wolf-, Fuchsfelle, gute und schlechte 46 "

Reh-, Wild-, Hirsch-, Wolf-, Fuchsfelle, gute und schlechte 46 "

Reh-, Wild-, Hirsch-, Wolf-, Fuchsfelle, gute und schlechte 46 "

Reh-, Wild-, Hirsch-, Wolf-, Fuchsfelle, gute und schlechte 46 "

Reh-, Wild-, Hirsch-, Wolf-, Fuchsfelle, gute und schlechte 46 "

Reh-, Wild-, Hirsch-, Wolf-, Fuchsfelle, gute und schlechte 46 "

Reh-, Wild-, Hirsch-, Wolf-, Fuchsfelle, gute und schlechte 46 "

Reh-, Wild-, Hirsch-, Wolf-, Fuchsfelle, gute und schlechte 46 "

Reh-, Wild-, Hirsch-, Wolf-, Fuchsfelle, gute und schlechte 46 "